

Pressemitteilung der Freien Apothekerschaft e.V.

Alle Jahre wieder: GKV-Spitzenverband erschwert Partnerschaft mit Apotheken!

Kaum hat das neue Jahr begonnen, macht der größte Kritiker der deutschen Apotheken, der GKV-Spitzenverband, wieder einmal mit populistischen - und obendrein noch falschen - Äußerungen wieder auf sich aufmerksam.

Nach dem arroganten Statement vom 2. Januar 2014 ist das Wort „Partnerschaft“ im Hinblick auf die deutschen Apotheken nur noch reine Makulatur. Darüber täuschen auch die in letzter Zeit gemeinsam geänderten Austauschkriterien bei der Generika-Verordnung nicht hinweg.

Im GKV Spitzenverband sind 132 Krankenkassen mit rund 70 Millionen Versicherten organisiert, von denen jeden Tag über drei Millionen von den Apotheken in hervorragender Weise – und zu einem unschlagbar günstigen Preis - rund um die Uhr versorgt werden.

Dass den Krankenkassen an ihren Mitgliedern wenig liegt zeigt die Tatsache, dass die Patienten sich auch weiterhin mit immer neuen sogenannten Rabatt-Arzneimitteln herumschlagen müssen. Dadurch kann es vielfach zu Problemen bei der Einnahme (wie z.B. Überdosierungen) kommen, die sogar Einweisungen ins Krankenhaus nach sich ziehen können. Lediglich der fachlichen Beratung vor Ort durch die Apothekeninhaber und deren sachkundigen Mitarbeitern ist es zu verdanken, dass den Krankenkassen und somit dem Gesundheitssystem nicht noch höhere Kosten durch Falscheinahme von Arzneimitteln entstehen.

Was die Krankenkassen letztendlich finanziell durch den ständigen Wechsel der Hersteller fast im Quartalsrhythmus einsparen, entzieht sich nicht nur dem Wissen der Patienten, der Apothekerschaft und der Ärzte, sondern anscheinend auch dem der Politik.

Ganz offensichtlich haben es die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und die betreffenden Ministerien wohl aufgegeben, sich damit auseinanderzusetzen. Möglicherweise haben sie mittlerweile auch schlicht jeglichen Durchblick verloren.

Es geht nicht mehr um die Versicherten und deren Wohl und Gesundheit, sondern nur noch ums Geld für ein nebulöses Krankenkassen-System, das sich nicht davor scheut, alljährlich Bonuszahlungen in bis zu zweistelliger Millionenhöhe an die Vorstände von 132 Krankenkassen zu zahlen, von den Pensionszahlungen ganz zu schweigen.

Ob diese teilweise immens hohen Zahlungen vor einem Gericht bestehen würden, ist vermutlich noch nicht geprüft worden. Die Überschüsse bei den Krankenkassen haben durch die teilweise sklavenartigen Arbeitsbedingungen etwa bei den Leistungserbringern wie Ärzte- und Apothekerschaft eine Höhe von rund 30 Milliarden Euro erreicht. Dennoch wird immer weiter versucht, diese Berufsgruppen zu knebeln und wie Zitronen auszupressen, gleiches müssen die Arzneimittelhersteller über sich ergehen lassen.

Es ist absolut nicht zu verstehen, warum aktuell schon wieder über Beitragserhöhungen für die Versicherten gesprochen wird. Das Resultat der Krankenkassenpolitik ist bereits jetzt deutlich sicht- und

spürbar: Immer weniger Ärzte, immer weniger Apotheken, und in der Folge eine zunehmend problematischer werdende Versorgung der Patienten, etwa in ländlichen Regionen.

Bei der aktuellen Praxis der Bezahlung von Leistungen und Leistungserbringern im Gesundheitssystem gibt es nur eine Konsequenz: Der Zusammenbruch des deutschen Gesundheitswesens naht schneller als manchem Politiker lieb sein dürfte.

Dabei kann nur die Politik die Machtspielchen der Krankenkassen stoppen. Die Verträge zwischen Apothekerschaft und Krankenkassen müssen dringend für die Apotheken verbessert werden. Und das nicht nur bei der Bürokratie, wo man schon von einer Überzertifizierung sprechen muss (Beispiel: Genehmigung von Hilfsmitteln), sondern auch bei der Arzneimittelversorgung (Stichwort: Retaxation), den Gebühren für Betäubungsmittel und deren Bezug über den Großhandel sowie bei zahlreichen Arzneimitteln, bei denen die Honorierung der Apotheken bereits jetzt quasi bei Null Euro angelangt ist.

Besonders im Bereich der EDV verursachen die Krankenkassen in den Apotheken für Hard- und Software Kosten von mindestens mehreren hundert Euro im Jahr, die durch nichts gedeckt sind. Auch hier muss dringend über eine Kostenübernahme im Sinne des Verursacherprinzips nachgedacht und gehandelt werden.

Quellen

[http://www.apotheke-adhoc.de/nachrichten/nachricht-detail/gkv-spitzenverband-chefin-pfeiffer-gegen-apotheken-und-pro-gesundheitsminister-groehe-cdu/?L=0&cHash=75faf42af1cfca6645b506eabb9ce3f2&sword_list\[\]=Apotheken&sword_list\[\]=Pfeifer&sword_list\[\]=GKV&no_cache=1](http://www.apotheke-adhoc.de/nachrichten/nachricht-detail/gkv-spitzenverband-chefin-pfeiffer-gegen-apotheken-und-pro-gesundheitsminister-groehe-cdu/?L=0&cHash=75faf42af1cfca6645b506eabb9ce3f2&sword_list[]=Apotheken&sword_list[]=Pfeifer&sword_list[]=GKV&no_cache=1)

http://www.gkv-spitzenverband.de/gkv_spitzenverband/wir_ueber_uns/wir_ueber_uns.jsp

http://www.focus.de/finanzen/news/ueppige-gehaelter-boni-und-pensionen-kassen-chefs-kassierten-bis-zu-70-000-euro-bonus_aid_934477.html

Aktuelles Bildmaterial: www.freie-apothekerschaft.de/presse/pm0114.jpg

Für die Freie Apothekerschaft e.V.

Frau Dr. med. Helma Gröschel
1. Vorsitzende

IMPRESSUM

Freie Apothekerschaft e.V.

Obere Hauptstraße 1

76863 Herxheim

Telefon: 0 72 76 - 8578

Fax: 0 72 76 - 71 16

E-mail: hgh@freie-apothekerschaft.de
www.freie-apothekerschaft.de